

Niederschrift
über die 13. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
am 27.09.2023 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Braun-Kohl, Annette	(für Wörmann, Josef)
Einmahl, Rolf	
Dr. Elster, Ralph	Vorsitzender
Kühlwetter, Joachim	
Labouvie, Peter	(für Henk-Hollstein, Anne)
Loepp, Helga	
Nabbefeld, Michael	(für Brohl, Ingo)
Stieber, Andreas-Paul	

SPD

Böll, Thomas
Brodrick, Helmut
Cirener, Thomas
Kaske, Axel
Dr. Klose, Hans
Soloeh, Barbara

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beck, Corinna	
Klemm, Ralf	
Rickes, Roland	
Tuschen, Johannes	(für Muschiol, Paul-Patrick)
vom Scheidt, Frank	

FDP

Becker-Blonigen, Werner
Effertz, Lars Oliver

AfD

Prof. Dr. Bommermann, Ralf Günter

Die Linke.

Basten, Larissa

FREIE WÄHLER

Bayer, Udo

Die FRAKTION

Thiel, Carsten

von den Fraktionsgeschäftsstellen

Kossen, Wilfried
Plötner, Beate
von Kruedener, Aaron

DIE LINKE.
FREIE WÄHLER
Die FRAKTION

Verwaltung:

Frau Hötte	LVR-Dezernentin 2, Finanzmanagement, Kommunalwirtschaft und Europaangelegenheiten
Herr Althoff	LVR-Dezernent 3, Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH
Frau Dr. Schwarz	LVR-Dezernentin 5, Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung
Herr Soethout	LVR-Fachbereichsleiter 21, Finanzmanagement
Herr Eichmüller	LVR-Fachbereichsleiter 62, IT-Gesamtsteuerung im LVR, (zu TOP 5)
Frau Krause	LVR-Stabsstellenleiterin 70.10, (zu TOP 9 - 10)
Herr Wiese	LVR-Fachbereich 21, Abteilungsleiter 21.30
Herr Schmitz	LVR-Fachbereich 41; Abteilungsleiter 41.10, (zu TOP 6)
Herr Schneider	LVR-Fachbereich 21, Abteilungsleiter 21.10
Herr Pfaff	LVR-Fachbereich 21, Finanzmanagement, Protokoll
Herr Sievert	LVR-Fachbereich 21, Finanzmanagement

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 12. Sitzung vom 07.06.2023
3. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022 **15/1470/1 K**
4. Darstellung des Tarifergebnisses 2023 und der finanziellen Auswirkungen auf den LVR **15/1725/1 K**
5. Kurzvorstellung der weiterentwickelten digitalisierten Regionalen Leistungsübersichten des LVR
6. Verwendung unverbraucher Mittel aus der Beteiligung des LVR an der Stiftung Anerkennung und Hilfe **15/1946 E**
7. Fortführung der LVR-Inklusionspauschale bis zum Schuljahr 2025/2026 **15/1741 E**
8. Schulentwicklungsplanung: Aktueller Sachstand der regionalen Zielplanungen **15/1738 K**
9. Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: regionalisierter Datenbericht 2021 **15/1719 K**
10. Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 **15/1705 K**
11. Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung
12. LVR-Netzwerk Kulturlandschaft mit den Biologischen Stationen im Rheinland; Fördervorschlag 2023 **15/1731/1 E**
13. Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem LVR und der Stadt Köln zum Vorlaufbetrieb des MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln **15/1756 E**
14. Berichterstattung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage des LVR im Haushaltsjahr 2023 **15/1952 K**
15. Haushaltsentwurf 2024; hier: Zuständigkeiten des Finanz- und Wirtschaftsausschusses **15/1833 B**
16. Anträge
- 16.1. Antrag Die FRAKTION: Jährlicher Fair Trade Bericht **Antrag 15/113 Die FRAKTION E**
17. Anfragen

17.1. Nachhaltigkeit des Recruiting-/ "First Bird"-Programms **Anfrage 15/86 Die Linke. K**

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/86

18. Beschlusskontrolle

19. Bericht aus der Verwaltung

20. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

21. Niederschrift über die 12. Sitzung vom 07.06.2023

22. Verkauf eines noch zu vermessenden Grundstücks nebst aufstehendem Gebäude aus dem Sondervermögen der LVR-Klinik für Orthopädie Viersen **15/1948 E**

23. LVR-Klinikum Düsseldorf
Anmietung von Flächen für die Tagesklinik Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJPPP) am Itterpark in Hilden **15/1932 K**

24. Erhöhung des an die Bauen für Menschen GmbH gewährten Darlehensrahmens zur Schaffung von inklusivem Wohnraum für Menschen mit Behinderung **15/1783 E**

25. Beschaffung und Betrieb einer Elektrobahn zur inklusiven Erschließung des LVR-Archäologischen Parks Xanten für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien mit Kindern **15/1666 E**

26. Quartalsreport der Beteiligungsverwaltung zu den wirtschaftlichen Beteiligungen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen des LVR zum 30. Juni 2023 **15/1912 K**

27. Berichterstattungen aus Beteiligungen und Mitgliedschaften

28. Anträge

29. Anfragen

29.1. Nachfolge Fachbereichsleitung Finanzmanagement **Anfrage 15/87 Die Linke. K**

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/87

30. Beschlusskontrolle

31. Bericht aus der Verwaltung

32. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 11:10 Uhr

Ende nichtöffentlicher Teil: 11:25 Uhr
Ende der Sitzung: 11:25 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Herr Böll verliest die Erklärung "Es geht uns alle an - Erklärung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit", die sich die Koalitionsfraktionen im LVR zu eigen gemacht hätten. (siehe auch beigefügte **Anlage**)

["Es geht uns alle an" - Erklärung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit - Der Paritätische - Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege \(der-paritaetische.de\)](https://www.der-paritaetische.de)

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss erkennt die Tagesordnung einvernehmlich an.

Punkt 2

Niederschrift über die 12. Sitzung vom 07.06.2023

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022 Vorlage Nr. 15/1470/1

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt den Entwurf des Jahresberichtes 2022 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemäß Vorlage Nr. 15/1470/1 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4

Darstellung des Tarifergebnisses 2023 und der finanziellen Auswirkungen auf den LVR

Vorlage Nr. 15/1725/1

Frau Hötte beantwortet die Frage von **Herrn Klemm** hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen einer Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich für den LVR. Sie führt in diesem Zusammenhang aus, dass sie davon ausgehe, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten auf die Beamten/Beamtinnen übertragen werden. Diese Tarifverhandlungen seien derzeit allerdings noch nicht begonnen, sondern werden im Oktober aufgenommen. In dem Nachtragshaushalt 2023 und im Haushaltsentwurf 2024 seien allerdings entsprechende Planansätze berücksichtigt worden.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die dargestellten Ergebnisse der Tarifeinigung 2023 und die prognostizierten finanziellen Auswirkungen auf den LVR gemäß Vorlage Nr. 15/1725/1 zur Kenntnis.

Punkt 5

Kurzvorstellung der weiterentwickelten digitalisierten Regionalen Leistungsübersichten des LVR

Frau Hötte führt zunächst allgemein in die Themenstellung ein. Im Rahmen der ersten Entwicklungsstufe seien die Regionalen Leistungsübersichten des LVR im Jahr 2021 gemeinsam von den Dezernaten 2 und 6 von einem Papierformat in ein digitalisiertes Präsentationsformat überführt worden. Nunmehr sei die zweite Entwicklungsstufe, in der die Leistungsübersichten inhaltlich um Informationen zu den Beteiligungen und Stiftungen ergänzt wurden, umgesetzt worden. Diese werde anschließend von Herrn Eichmüller vorgestellt. In einer dritten Entwicklungsstufe sollen die Leistungsübersichten um die GFG-Förderprojekte des Kulturbereiches erweitert werden. **Frau Hötte** verweist auf die besondere Bedeutung der Leistungsübersichten für den LVR, weil daraus gut ersichtlich sei, welche finanziellen Mittel den einzelnen Mitgliedskörperschaften durch den LVR zufließen.

Herr Eichmüller präsentiert anschließend anhand von Beispielen eingehend die Funktionen und Möglichkeiten des Internetauftrittes zu den digitalisierten Leistungsübersichten. Diese würden in Zusammenarbeit mit dem LVR-Fachbereich Finanzmanagement erstellt. Derzeit werde auch eine mögliche Kooperation mit dem LWL für ein gemeinsames Format eruiert.

Herr Böll dankt für die Präsentation und lobt die aus seiner Sicht sehr gelungene Weiterentwicklung der Regionalen Leistungsübersichten. Ob tatsächlich eine Kooperation mit dem LWL zu Stande komme, beurteile er eher kritisch und spricht in diesem Zusammenhang auch die Frage der Kostenaufteilung zwischen den beiden Verbänden an. Darüber hinaus verweist er auch noch einmal auf die Broschüre „Daten und Informationen“ des LVR und hebt auch deren hohen Informationsgehalt hervor. Er bittet daher die LVR-Kämmerin, auch diese Broschüre weiterhin jährlich zu erstellen.

Frau Hötte führt aus, dass weiterhin sowohl die digitalisierten Regionalen Leistungsübersichten als auch die Broschüre „Daten und Informationen“ erstellt und weiterentwickelt würden. Sie weist darauf hin, dass neben der Broschüre auch eine Informationspostkarte mit einem Link zu den digitalisierten Leistungsübersichten heute Mittag im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages mit dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss des LVR ausgelegt würden. Sie äußert sich zudem erfreut darüber, dass der LWL ebenfalls Interesse an den digitalisierten Leistungsübersichten zeige.

Frau Beck dankt für die gute, übersichtliche Darstellung, insbesondere bei den Sozialraumprojekten und fragt, ob eine Verlinkung mit dem Angebot Leichte Sprache geplant sei; dieses sei wichtig für Menschen mit kognitiver Einschränkung.

Herr Eichmüller antwortet, dass eine Übersetzung in Leichte Sprache in der dritten Entwicklungsstufe noch nicht vorgesehen sei, dies allerdings eine zukünftige Weiterentwicklungsoption darstellen könne. Mittlerweile helfe allerdings auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz beim Übersetzen, so dass Übersetzungen damit auch im fremdsprachlichen Bereich deutlich einfacher würden.

Auch **Herr Effertz** lobt die Weiterentwicklung der Leistungsübersichten. Er regt darüber hinaus für eine nächste Entwicklungsstufe eine übersichtliche Verlinkung zu den einzelnen LVR-Einrichtungen an.

Die von **Herrn vom Scheidt** angesprochene mögliche Darstellungsproblematik bei einer I-Pad-Nutzung soll auf Anregung von **Herrn Dr. Elster** unmittelbar durch die Verwaltung geprüft werden.

Herr Elster dankt im Namen des Ausschusses für den Vortrag; die Präsentation wird durch den Finanz- und Wirtschaftsausschuss positiv zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Verwendung unverbrauchter Mittel aus der Beteiligung des LVR an der Stiftung Anerkennung und Hilfe Vorlage Nr. 15/1946

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Zur ordnungsgemäßen Verwendung nicht verbrauchter Mittel aus der finanziellen Beteiligung des LVR an der Stiftung Anerkennung und Hilfe wird der Fortschreibung der Richtlinie zum Programm "Förderung von Selbsthilfegruppen ehemaliger Heimkinder" gemäß Vorlage Nr. 15/1946 zugestimmt.

Punkt 7

Fortführung der LVR-Inklusionspauschale bis zum Schuljahr 2025/2026 Vorlage Nr. 15/1741

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Fortführung der LVR-Inklusionspauschale, mit dem Ziel als Anreizfinanzierung die schulische Inklusion und die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems zu unterstützen, wird gemäß Vorlage Nr. 15/1741 bis zum Schuljahr 2025/2026 zugestimmt.

Punkt 8

Schulentwicklungsplanung: Aktueller Sachstand der regionalen Zielplanungen Vorlage Nr. 15/1738

Der aktuelle Sachstand der regionalen Zielplanungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung wird gemäß Vorlage Nr. 15/1738 ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: regionalisierter Datenbericht 2021 Vorlage Nr. 15/1719

Der regionalisierte Datenbericht 2021 zu den Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 15/1719 ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 Vorlage Nr. 15/1705

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die zentralen Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 (Berichtsjahr 2021) gemäß Vorlage Nr. 15/1705 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 11

Berichte aus Netzwerken und Stiftungen durch die Verwaltung

Keine Berichterstattung.

Punkt 12

LVR-Netzwerk Kulturlandschaft mit den Biologischen Stationen im Rheinland; Fördervorschlag 2023 Vorlage Nr. 15/1731/1

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Dem Förderprogramm 2023 für das LVR-Netzwerk Kulturlandschaft mit den Biologischen Stationen im Rheinland wird gemäß Vorlage Nr. 15/1731/1 zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen entsprechend umzusetzen.

Punkt 13

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem LVR und der Stadt Köln zum Vorlaufbetrieb des MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln Vorlage Nr. 15/1756

Frau Hötte führt in die Thematik ein und verweist im Zusammenhang mit dem Vorlaufbetrieb auf den Auftrag der politischen Vertretung, wonach die Stadt Köln die hälftigen Kosten des Vorlaufbetriebes übernehmen müsse. Hintergrund für die kurzfristige Zuleitung der Vorlage sei, dass nach den an sich bereits abgeschlossenen Verhandlungen durch einen plötzlichen Mikrobenbefall im Trinkwasser, vertragliche Nachbesserungen notwendig geworden sind. Der 18-monatige Vorlaufbetrieb könne entgegen der ursprünglichen Planung damit erst zum 01.04.2024 beginnen und eventuell länger als 18 Monate dauern. Da es sich bei der neuerlichen Verzögerung um kein Versäumnis des LVR handele, sehe der Vertrag mit der Stadt nunmehr einen Regressanspruch seitens des LVR vor, der noch kurzfristig in das Vertragswerk aufgenommen werden musste und somit ein weiterer Grund für die verspätete Bereitstellung der Vorlage sei. Die Stadt Köln habe im Lenkungsausschuss am vergangenen Freitag diesen zusätzlichen vertraglichen Regelungen zugestimmt.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Klose** bestätigt **Frau Hötte** die im Vertrag vorgesehenen Regressansprüche.

Herr Effertz verweist auf die lange Historie des Projektes. Ein kürzerer Vorlaufbetrieb sei zwar wünschenswert, wohl aber nicht realistisch. Er begrüßt, dass die Verwaltung in den Vertragsverhandlungen mit der Stadt zu den Regressansprüchen standhaft geblieben sei.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Unterzeichnung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem LVR und der Stadt Köln zum Vorlaufbetrieb des MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln wird gemäß Vorlage Nr. 15/1756 zugestimmt.

Punkt 14

Berichterstattung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage des LVR im Haushaltsjahr 2023

Vorlage Nr. 15/1952

Frau Hötte führt in Ergänzung zur Vorlage Nr. 15/1952 aus, dass die Bewirtschaftung des Nachtragshaushaltes 2023 bislang weitestgehend zufriedenstellend verlaufe. Die Konsolidierungsziele würden demnach voraussichtlich erreicht. Sie verweist allerdings auch darauf, dass sich weiterhin dynamische Fallzahlentwicklungen in den Bereichen der ergänzenden individuellen heilpädagogischen Leistungen für Kinder in Regeltageseinrichtungen und in der Kindertagespflege abzeichnen würden. Darüber hinaus sei bei den heilpädagogischen Leistungen, der sogenannten Basisleistung I, feststellbar, dass bei kontinuierlich ansteigenden Fallzahlen von betreuten Kindern mit (drohender) Behinderung, gleichzeitig auch immer mehr Regelkindertagesstätten inklusive Betreuungsangebote vorhalten würden, dabei aber nur wenige Kinder aufnehmen.

Im Zusammenhang mit dem am 30.08.2023 eingebrachten Haushaltsentwurf 2024 verweist **Frau Hötte** darauf, dass das Land NRW am 01.09.2023 mitgeteilt habe, dass in der vom Land veröffentlichten Arbeitskreisrechnung zum GFG 2024 fehlerhafte Daten verarbeitet worden seien. Dadurch könnten sich die Umlagegrundlagen und die Schlüsselzuweisungen noch verändern. Die notwendigen Korrekturen wolle das Land erst im Rahmen der Modellrechnung zum GFG 2024 Ende Oktober/Anfang November 2023 vornehmen. Sie weist darauf hin, dass der LVR die Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen im Haushaltsentwurf 2024 auf der Basis eigener Berechnungen prognostiziert habe. In diesem Zusammenhang sei zu berücksichtigen, dass das zwischenzeitlich veröffentlichte Verbundsteueraufkommen für den Monat August 2023 besser ausfalle als für den Vergleichsmonat des Vorjahres. Das Verbundsteueraufkommen für den letzten Monat des maßgeblichen Referenzzeitraums, den September 2023, stehe aber noch aus. Eine deutliche Verbesserung des Verbundsteueraufkommens würde sich auch auf die Umlagegrundlagen positiv auswirken. Diesbezüglich verweist sie auf die Modellrechnung des Landes zum GFG 2024. Da sich der Aufwand des Jahres 2023 bislang weitestgehend planmäßig entwickle, sei auch die darauf aufbauende Aufwandsplanung für das Jahr 2024 belastbar. Aufgrund der noch etwas ungewissen Entwicklung des Verbundsteueraufkommens im Referenzzeitraum könnten sich noch Veränderungen bei den Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen ergeben.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Berichterstattung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage des LVR im Haushaltsjahr 2023 zur Kenntnis.

Punkt 15

Haushaltsentwurf 2024;

hier: Zuständigkeiten des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

Vorlage Nr. 15/1833

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss vertagt die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage Nr. 15/1833 in die nächste Sitzung.

Punkt 16 **Anträge**

Punkt 16.1

Antrag Die FRAKTION: Jährlicher Fair Trade Bericht **Antrag Nr. 15/113 Die FRAKTION**

Herr Thiel führt zum Antrag aus und verweist auf die Beratungen in den vorherigen Fachausschüssen. Er macht deutlich, dass es der Fraktion wichtig sei, dass in einem jährlichen Bericht einschlägige Ausführungen zu geplanten neuen Projekten und Aktionen sowie zur Gesamtstrategie des LVR getätigt werde. **Herr Althoff** antwortet, dass der künftig aufzulegende inklusive Nachhaltigkeitsbericht den nachhaltigen Einkauf insgesamt beinhalte und dabei auch Fair Trade berücksichtige. Darüber hinaus seien auch eine Vielzahl von Nachhaltigkeitssiegeln zu berücksichtigen. Erstmals werde dieser Bericht voraussichtlich in 2025/2026 aufgelegt.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen der Verwaltung zieht **Herr Thiel** den Antrag Nr. 15/113 zurück.

Punkt 17 **Anfragen**

Punkt 17.1

Nachhaltigkeit des Recruiting-/"First Bird"-Programms **Anfrage Nr. 15/86 Die Linke.**

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

Beantwortung der Anfrage Nr. 15/86

Frau Basten dankt zunächst für die Beantwortung der Anfrage Nr. 15/86 und macht deutlich, dass der LVR umlagefinanziert nicht Personal bei den Mitgliedskörperschaften abwerben dürfe.

Frau Hötte entgegnet, dass der LVR das Recruiting-/"First Bird"- Programm nicht mit dem Ziel aufgelegt habe, Personal bei den Mitgliedskörperschaften offensiv abzuwerben. Wenn Personal von Mitgliedskörperschaften zum LVR wechsle, geschehe dies im Rahmen eines gesunden Wettbewerbs zwischen den Verwaltungen. Sie weist darauf hin, dass auch vom LVR Personal zu den Verwaltungen der Mitgliedskörperschaften wechsle. Seitens des LVR erfolge keine aktive Abwerbung von Personal bei anderen Kommunalverwaltungen.

Auf die Frage von **Herrn Klemm**, ob dieses Programm mit den Mitgliedskörperschaften abgestimmt sei, antwortet **Frau Hötte**, dass sicherlich in gemeinsamen Gremien und Arbeitskreisen der kommunalen Arbeitgeberverbände darüber diskutiert werde. Es gäbe aber keine gezielte Abstimmung im Sinne einer Benehmenserstellung.

Herr Thiel fragt, ob vergleichbar zum LVR auch bei den Mitgliedskörperschaften Sachprämien gezahlt würden. Aus seiner Sicht sollten solche Prämien durch den LVR an LVR-Mitarbeiter dann nicht gezahlt werden, wenn Personal von Mitgliedskörperschaften zum LVR wechsle. Hierzu führt **Frau Hötte** aus, dass ihr nicht bekannt sei, ob Mitgliedskörperschaften aktuell entsprechende Prämien zahlen würden; früher seien zum Beispiel Sachprämien nicht unüblich gewesen. Sie werde diese Frage an den Personaldezernenten weiterleiten. Ergänzend weist sie auf die in der Privatwirtschaft üblichen "Wechselprämien" hin und hebt ausdrücklich hervor, dass der LVR dies

grundsätzlich nicht praktiziere.

Aus Sicht von **Herrn Effertz** befinde sich der LVR bei der Personalgewinnung in einem gesunden Wettbewerb und verweist diesbezüglich auf die Arbeitgebermarke.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

Punkt 18 **Beschlusskontrolle**

Herr Klemm merkt an, dass der Antrag Nr. 13/228 durch die Verwaltung als erledigt gekennzeichnet worden sei, obwohl dieser aus seiner Sicht noch nicht vollständig umgesetzt sei.

Herr Althoff entgegnet, dass sich der Antrag auf den Austausch von alten Fahrradabstellanlagen beziehe. Dies sei für die Zentralverwaltung erfolgt; lediglich hinsichtlich einzelner Anlagen in einigen Sondervermögen stünde der Austausch noch aus.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Punkt 19 **Bericht aus der Verwaltung**

Frau Hötte berichtet, dass in der vergangenen Woche das Abschlussgespräch mit dem Fachbereich Rechnungsprüfung zur Jahresabschlussprüfung 2022 stattgefunden habe. Es habe keine Beanstandungen gegeben. Insgesamt schließe das Haushaltsjahr 2022 mit einem Defizit von 15,9 Mio. € ab, welches aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werde. Im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2022 verweist sie auch nochmals auf die einschlägige Präsentation in der Ausschusssitzung am 07.06.2023. Der Fachbereich Rechnungsprüfung habe den Jahresabschluss 2022 uneingeschränkt testiert. Entsprechende Beschlussvorlagen seien für die kommende Sitzungsrunde vorgesehen.

Punkt 20 **Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Köln, den 14.11.2023

Der Vorsitzende

Dr. Elster

Köln, den 30.10.2023

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Hötte

Es geht uns alle an.

Es ist mehr als ein Alarmzeichen.

Wenn der AfD-Politiker Björn Höcke das Ende der Inklusion und damit die aktive Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung fordert, ist das kein Zufall und kein Ausrutscher.

In der AfD wird wiederholt gefordert, Menschen, die nicht in das Weltbild des völkischen Nationalismus passen, zu entrecchten oder aus dem Land zu werfen.

Wer so denkt und spricht, stellt die Würde des Menschen als Individuum, die Universalität von Menschenrechten und damit die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Frage. Abwertung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung sind in der AfD längst zum Programm geworden, genauso wie die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer selbstbestimmten geschlechtlichen Identität.

Wir lassen nicht zu, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen weiter Raum greifen, die an die dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte erinnern.

Wir rufen die Zivilgesellschaft auf, sich der Gefahr, die von einer solchen Agenda für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ausgeht, gemeinsam und entschlossen entgegenzustellen.

Es geht uns alle an.

Wir alle sind gefordert.

Die Alarmzeichen sind nicht zu übersehen.

